

Protokoll:

Die FDP-Fraktion unterstützt die Beschlussvorlage. Sie regt an, bei dieser Maßnahme bereits auch Lademöglichkeiten für Elektrofahrräder vorzusehen. Baudezernent Flöck führt aus, man sei mit der evm gerade dabei ein Elektroladesäulenkonzept für die gesamte Innenstadt, Bendorf und Vallendar zu erstellen. Diesem Konzept sollte nicht vorgegriffen werden.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Maßnahme ebenfalls. Sie erkundigt sich, ob die Überwachungskamera so angebracht werde dass sie vor Vandalismus geschützt sei, wie personalintensiv das Kamerasystem sei und ob es eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für die komplette Anlage mit Kamerasystem gebe.

Baudezernent Flöck erklärt, wenn die Stadt für die Anlage Fördermittel erhalte, wäre diese ab 8 Jahren nach dem Anschaffungszeitpunkt finanziert. In dieser Berechnung seien alle anfallenden Kosten inklusive der Kameraüberwachung enthalten. Der Berechnung lägen Mieteinnahmen in Höhe von 120 € pro Platz pro Jahr zugrunde. Sollte die Stadt keinen Zuschuss erhalten, wäre die Anlage nach 30 Jahren finanziert. Es sei nicht möglich, die Kamera vollumfänglich vor Vandalismus zu schützen. Die Anlage solle im Regelfall vollautomatisch betrieben werden. Die Aufzeichnungen der Kamera sollten nur angesehen werden, wenn ein Hinweis gegeben werde, dass etwas zerstört worden sei. Ansonsten seien regelmäßige Sichtkontrollen vorgesehen.

Rm Hoernchen (FDP-Fraktion) erkundigt sich, ob mit Blick auf eine damalige Stellungnahme der Verwaltung eine höhere Einnahmenerzielung möglich sei. Beigeordneter Flöck antwortet, die Verwaltung sei der Meinung, dass 10 € Mietkosten im Monat angemessen seien. Hierüber könne aber ein Änderungsantrag gestellt werden.

Die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sprechen sich zur Förderung des Radverkehrs für die Vorlage aus.

Rm Diehl (CDU-Fraktion) regt an, an der Box Werbung eines ortsansässigen Industrieunternehmens anzubringen um die Finanzierung zu erleichtern. Auch solle die Errichtung einer 2. Ebene überlegt werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bestätigt auf Nachfrage, dass die datenschutzrechtlichen Vorgaben bei der Datenspeicherung der Überwachungskamera berücksichtigt würden.

Der Stadtrat einigt sich darauf, im Fachbereichsausschuss IV noch einmal über die Wirtschaftlichkeitsberechnung und die Höhe des Mietzinses zu sprechen, wenn klar ist ob die Stadt den Zuschuss erhält.